

Sehr geehrter Herr Landrat Toni Klotz ,

bitte legen Sie den folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Antrag:

Der Landkreis Oberallgäu schließt sich einem Open-Source-Projekt zur Online-Bürgerbeteiligung an.

Beispielhaft ist hier CONSUL ([consulproject.org](http://consulproject.org)), das in einigen größeren Städten bereits eingesetzt wird. CONSUL bietet von der Beteiligung an Debatten, Entwicklung von Initiativen bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten. Der Landkreis sollte sich zunächst auf folgende Punkte konzentrieren:

- Einbringen von Verbesserungsvorschlägen durch Bürgerinnen und Bürger
- Debatten und Meinungsbildung zu aktuellen kommunalpolitischen Themen
- Initiativen und Vorschläge an den Kreistag (Online-Bürgerantrag)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung einer Online-Bürgerbeteiligung vorzubereiten. Zur Beratung im

"Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier."

Mahatma Gandhi



Kreistag bzw. Ausschuss soll /kann die Initiative Mehr Demokratie in Bayern geladen werden.

Die Einführung der Online-Bürgerbeteiligung soll wissenschaftlich begleitet werden, um unter anderem zu eruieren welche Bevölkerungsgruppen erreicht und wessen Interessen so besser in den politischen Diskurs eingebracht werden können.

#### Begründung und Erläuterung:

Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung (Bürgerbegehren, Bürgerantrag, Bürgerversammlungen) ,soll auch die Beteiligung über das Internet im Landkreis Oberallgäu eingeführt werden. CONSUL wird bereits von einigen größeren Kommunen erfolgreich genutzt. Der Landkreis Oberallgäu wäre der erste bay. Landkreis , der sich an diesem Projekt beteiligt.

Nachdem die Software technisch alle Möglichkeiten bietet und im Hinblick auf die Nutzung durch den Landkreis alles ermöglicht, aber nichts vorschreibt, halten wir diese Software für geeignet, eine qualitativ gute und gewinnbringende Online-Bürgerbeteiligung im Oberallgäu einzuführen.

Bei dieser Software ist vieles offen und kann spezifisch für das Oberallgäu geregelt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich der Kreistag per Beschluss selbst verpflichtet, eine im Netz entstandene Initiative zu beraten, wenn mehr als 1% der Einwohner online gezeichnet haben (im Landkreis : ca.1300 Unterschriften) - wie schon beim bestehenden Instrument des Bürgerantrags.

Alle Bürgerin und Bürger, die sich über CONSUL oder eine vergleichbare Software an politischen Debatten beteiligen möchten, müssen sich vorab registrieren und sind dann in der Lage:

#Anträge zu stellen, die ein bestimmtes Quorum erfüllen müssen

#Vorschläge zu diskutieren und so Ihre Meinung dem Kreistag auf einem institutionalisierten Weg via Internet vorzutragen.

Durch die Registrierung wird u. a. sichergestellt, dass politische Auseinandersetzungen, im Gegensatz zu solchen auf Social-Media-Plattformen, auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene bleiben. Mit institutionalisierter Online-Bürgerbeteiligung kann der Debattenstil im Internet positiv gestaltet werden.

Rede und Gegenrede unter registrierten Nutzern kann die Debattenkultur und das Diskussionsklima im Netz deutlich verbessern. Damit steigt auch die Bereitschaft, im Internet mitzudiskutieren. Herz und Verstand in die digital geführte Debatte zu bringen, ist natürlich eine anspruchsvolle Arbeit, die personell betreut werden muss. Ein Administrator muss notfalls auch korrigierend wirken, falls Debatten unsachlich werden. Wir halten es für falsch, der oftmals schlechten Diskussionskultur in manchen Online-Kommentarspalten und Plattformen tatenlos zuzusehen. Wir sehen vielmehr in aktiven Mitmach- und Initiativrechten eine große Chance für eine gute und den Landkreis voranbringende Online-Debattenkultur – als Ergänzung zur repräsentativen Verfasstheit des Landkreises.

Wir meinen, der Landkreis würde damit den Nerv der Zeit treffen. Die Jugend füllt rund um den Erdball mit Fridays for Future-Aktionen die Straßen und sorgt sich um ihre Zukunft. Hier wäre z.B. die Online Petition „Rettet den Grünen“ zu nennen. Diese Petition stellt exemplarisch die Blaupause unseres Antrages dar.

Wir fördern in Schulen digitale Medien und deren Umgang.

Gerade jetzt machen wir deshalb diesen konstruktiven Vorschlag, der allen Seiten hilft: Junge und ältere Menschen werden direkt in die Politik einbezogen und könnten zu strittigen örtlichen Themen konkrete Vorschläge einbringen und diese direkt an die Politik geben. Wir möchten hier beispielhaft den Artikel in der Allgäuer Zeitung Seite 7 vom 13 Juli.2019 „Jeder zweite tritt mit Behörden digital in Kontakt“, von Christoph Dernbach erwähnen.

Mehr Demokratie in Bayern e.V. steht für fachliche Fragen zur Online-Bürgerbeteiligung dem Landkreis Oberallgäu gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Michael Finger

06.09.2019

Michael Finger Bichlweg 5 87561 Oberstdorf 08322 1329

[Oedp.aa@gmx.de](mailto:Oedp.aa@gmx.de)